

Abgeordnetenhaus BERLIN

18. Wahlperiode

Plenar- und Ausschussdienst

Wortprotokoll zu TOP 5

Öffentliche Sitzung

Hauptausschuss

85. Sitzung
17. Februar 2021

Beginn: 12.05 Uhr
Schluss: 20.26 Uhr
Vorsitz: Franziska Becker (SPD), zeitweise Andreas Statzkowski (CDU)

Punkt 5 der Tagesordnung

- a) Schreiben SenFin – I D – vom 24.11.2020 **Zuschuss an das SODA zur Gesamtsanierung und Herrichtung des Robert-Koch-Forums** 3296
Haupt
 - 1. Antrag zur Aufhebung einer Sperre**
 - 2. Antrag auf Zustimmung zur Planänderung**
gemäß § 7 Haushaltsgesetz 2020/2021 in Verbindung mit § 24 Abs. 3 LHO, § 24 Abs. 5 Satz 2 LHO und Auflage A. 8 und A. 17 – Drucksache 18/2400 zum Haushalt 2020/2021
(in der 84. Sitzung am 20.01.2021 vertagt)

- b) Bericht RBm-SKzl – V D 2 – vom 04.02.2021 **Effekte der Gesamtsanierung und Herrichtung des Robert-Koch-Forums auf die Wissenschaft, Kosten- und Umbau** 3296 A
Haupt
(Berichtsauftrag aus der 84. Sitzung vom 20.01.2021)

Vorsitzende Franziska Becker: Gibt es Wortmeldungen? – Frau Remlinger, bitte!

Stefanie Remlinger (GRÜNE): Vielen Dank! – Ich möchte meinen Fragen vorausschicken, dass sie auf keinen Fall so verstanden werden sollten, als hätten wir irgendwas gegen das Vorhaben. Wir gönnen allen Leuten einen prominenten Ort und auch der Stadt, dass wir ein so hervorragender Wissenschaftsstandort sind. Das ist sicher ein Projekt, das weiter dazu beiträgt. Dennoch: Auf der rein haushalterischen Seite und aufgrund der Erfahrung, die wir mit

Bauvorhaben haben, möchte ich für meine Fraktion – ich glaube, auch für die Koalition, die sich ja auch noch selber meldet – sagen, dass wir das jetzt heute hier so nicht auf den Weg bringen können, sondern klarmachen möchten, dass wir hohe Risiken sehen. Ich habe zum Beispiel mit großer Besorgnis gelesen, dass wir durch die Hinzunahme eines neuen Partners, nämlich der Berlin University Alliance – zu der ich dann auch noch ein paar Fragen hätte –, bei dem ganzen Vorhaben noch mal weiter in die Tiefe gehen müssen, um das Gebäude überhaupt absichern zu können. Sie selber sprechen davon, dass man damit rechnen muss, dass die umliegenden Gebäude Risse durch Erschütterungen davontragen werden, die durch das Bauvorhaben anscheinend – so schreiben Sie es mir jedenfalls auf, oder so habe ich das verstanden – unvermeidbar sein werden. Vor dem Hintergrund kann ich die Aussage, diese Erschütterungsproblematik sei hier eingepreist, nicht ganz nachvollziehen, zumindest fehlt mir die Fantasie, wie man so etwas einpreist. Kann man sich da versichern, oder was wird uns das kosten, wenn das ARD-Hauptstadtstudio nicht mehr arbeitsfähig ist? Wie beziffert man solche Risiken und behält sie im Griff?

Vorsitzende Franziska Becker: Bitte etwas Ruhe da hinten, keine Gespräche! Ich kriege hier fast jedes Wort mit. – Entschuldigen Sie bitte, Frau Remlinger!

Stefanie Remlinger (GRÜNE): Nicht dafür! – Es ist erschütternd, dass mir nicht besser zugehört wird von Herrn Goiny und allen anderen auf der Oppositionsseite, denn es gibt schon weitere, sehr grundlegende Fragen. Ich will sie jetzt nicht alle aufzählen. Wir sind an einem Zeitpunkt, wo wir noch nicht in dem Stadium sind, in dem wir uns als Hauptausschuss nicht mehr in der Lage sehen zu vermeiden, große Beträge nachzuschießen, weil das Bauvorhaben schon unterwegs ist. Jetzt haben wir noch einen Zeitpunkt, zu dem man grundsätzlich evaluieren kann, ob die haushalterischen Risiken, die Baurisiken, das Vorhaben genau in der jetzigen Form mit genau diesen Partnern an dieser Stelle alternativlos sind. Ich möchte für meine Fraktion sehr klar einklagen, dass wir dazu noch mehr Informationen brauchen, insbesondere, wie gesagt, im Hinblick auf diese Baurisiken.

Zur Berlin University Alliance und ihrem Personalbedarf habe ich noch keine Vorlage gesehen. Sie schreiben hier, dass ein zusätzliches Gebäude im Hof nur errichtet werden muss, weil jetzt der neue Partner Berlin University Alliance dazugekommen ist. Vielleicht können Sie uns dazu mehr sagen, denn ich gebe zu, ich bin nicht die Wissenschaftsexpertin. Eine Exzellenzstrategie habe ich immer als etwas Temporäres aufgefasst. Ich hätte gern die zugehörige Verwaltungsvereinbarung hier mal aufgeliefert bekommen, über was für eine Struktur wir dann im Einzelnen genau sprechen, mit welchen Stellenbedarfen, wie viele VZÄ und mit welcher langfristigen Finanzierungsstruktur, wenn wir hier extra ein Gebäude errichten. Ich habe Sie, offensichtlich fälschlicherweise, so verstanden – der Fehler liegt bei mir –, dass die Kooperationsplattformen und die beteiligten Partner und Mitglieder, die ich verstanden hatte, tatsächlich hauptsächlich, vielleicht coronabedingt, als eine digitalisiert abgewickelte Struktur zu verstehen sind, wo mir ein automatischer Personalbedarf nicht vor Augen stand. – So viel erst mal von mir.

Vorsitzende Franziska Becker: Vielen Dank! Ich habe jetzt noch Herrn Zillich und dann Herrn Goiny und weitere. – Bitte schön, Herr Zillich!

Steffen Zillich (LINKE): Herzlichen Dank, Frau Vorsitzende! – Wir haben jetzt hier einen ergänzenden Bericht schon auf der Tagesordnung. Wir hatten darum gebeten, dass dargestellt

wird, inwieweit die Investitionskosten, die wir ja hier mit der Hauptvorlage freigeben sollen, mit den erwarteten Einnahmen durch die Vermietung korrespondieren. Wir haben hier zwar einen öffentlich gewollten, aber privaten Nutzer, der in Aussicht genommen wird. Ich will es mal relativ deutlich sagen: Wir erwarten eine Darstellung der Wirtschaftlichkeit dieser Investition im Hinblick auf die Risiken und die erzielbaren Einnahmen über eine Vermietung. Bevor wir die nicht haben, können wir, glaube ich, diese Investitionskosten nicht freigeben.

Vorsitzende Franziska Becker: Herr Goiny. Dann Frau Meister. – Bitte!

Christian Goiny (CDU): Na ja, wenn man das jetzt anhält, ist das ja schon mal, wie die Erfahrung in diesem Ausschuss auch lehrt, ein wesentlicher Baustein für eine Kostensteigerung. Insofern ist es so ein bisschen eine Selffulfilling Prophecy. Wir haben Angst, dass es teurer wird, deswegen halten wir es erst mal an. Bauverzögerungen führen immer zu Kostensteigerungen. Das dürfte damit an der Stelle auch schon mal klar sein. Geschätzte Frau Kollegin Remlinger! Mit weiten Teilen Ihrer Argumentation müssten wir das Bauen in dieser Stadt einstellen. Denn diese Risiken, die Sie hier geschildert haben, begegnen uns ja fast bei jedem Bauvorhaben und fast in jeder Hauptausschusssitzung. Normalerweise sind wir da relativ unerschrocken, manchmal verzweifelt, aber in der Regel machen wir dann trotzdem weiter, was am Ende auch richtig ist. Die Probleme liegen ja im Planungsprozess, in der Verzögerung von Maßnahmen und manchmal auch in technischen Anforderungen. Das haben wir hier bei verschiedenen Vorhaben schon zur Genüge diskutiert. Wir haben beim nächsten Mal die Gelegenheit, uns das am Beispiel der Feuerwehrrettungsakademie noch mal von den zuständigen Verwaltungen aufzeigen zu lassen, wie sich Planungszeiträume organisieren lassen. Das jetzt hier anzuhalten, ist jedenfalls kein Beitrag, Kosten zu dämpfen oder zu sparen.

Am Ende stellt sich natürlich auch die Frage: Wollen wir denn dieses Gebäude wieder instand setzen und nutzen? – Ich glaube, viele der bautechnischen Probleme werden sich wahrscheinlich mit anderen Nutzungen genauso ergeben. Da sparen wir auch nichts. Ich weiß nicht, was jetzt die alternative Vorstellung ist, was man mit dem Gebäude macht, ob man es einfach so lässt, leer stehen lässt, gar nicht baut, abreißt. Keine Ahnung, was da die Ideen sind! Alles wird Geld kosten. Die bautechnischen Herausforderungen scheinen offensichtlich, wenn es um Erschütterungen im Baugrund oder Ähnliches geht, etwas zu sein, was man immer hat, wenn man das anfasst. Das Problem werden Sie also damit gar nicht lösen. Es scheint mir ein bisschen vorgeschenkt – und dass wir jetzt sagen: Ja, mein Gott, wir wussten ja nicht, dass da mehr Leute hinkommen sollen. – Das ist ja, finde ich, Ausdruck eines positiven Signals für den Wissenschafts- und Forschungsstandort Berlin. Wir leben ja auch davon, dass Wissenschaftler und Forscher nicht nur in staatlichen Einrichtungen in dieser Stadt unterwegs sind, sondern dass es auch private gibt, die sich hier engagieren, forschen und – ich würde mal zurückhaltend formulieren – keinen unwesentlichen Beitrag zur Entwicklung der Wissenschafts- und Forschungslandschaft in dieser Stadt leisten. Warum wir hierfür nicht auch entsprechende Rahmenbedingungen und räumliche Bedingungen schaffen sollen, leuchtet mir nicht ein. Das haben Sie auch gar nicht dargelegt. Wenn wir jetzt eine Wirtschaftlichkeitsbetrachtung haben wollen, dann kann man einfach sagen: Berlin als Wissenschafts- und Forschungsstadt rechnet sich immer. – [Zuruf von Torsten Schneider (SPD)]

Vorsitzende Franziska Becker: Herr Goiny hat das Wort. Ist das eine Wortmeldung, Herr Schneider?

Christian Goiny (CDU): Ja, also wenn es die Sozialdemokraten alleine machen würden, käme auch Halligalli dabei heraus. Wenn wir mitmachen, wird es etwas Vernünftiges. Deswegen sind wir daran interessiert, dass wir solche Prozesse begleiten und steuern. Mal im Ernst: Natürlich kann man für dieses Gebäude sagen, es soll sich jetzt rechnen. Wir können es so lange hinauszögern, bis die Umsatzsteuer umgesetzt ist. Dann können wir es noch mal neu berechnen. Das Thema hatten wir ja vorhin gerade. Natürlich wird sich das nicht wirklich wirtschaftlich rechnen. Wissenschaft und Forschung werden auch an dieser Stelle eine Sache sein. Wenn wir das Gebäude instand gesetzt haben, können wir reinpacken, was wir wollen. Das finde ich jetzt auch so eine Hürde, die man hier aufbaut, wo man weiß, da kommt nichts Vernünftiges bei rum. Deswegen finde ich es auch ein bisschen schwierig.

Die Fragen, die offenbleiben: Was passiert denn dann jetzt mit diesem Standort? Was ist tatsächlich das, was die Koalition will? Wollen Sie das Projekt total absagen, weil es eine private Einrichtung ist, und dann gucken, wer es sonst machen kann? – Dann gebe ich aber die Garantie, dass wir uns bei den Baukosten am Ende des Tages nicht über weniger unterhalten werden. Dann sollte man auch ehrlich sagen, worum es einem geht, aber hier nicht so eine vorgeschobene Diskussion führen. Zu den Folgen, die diese Entscheidung hat, würde ich die Wissenschaftsverwaltung bitten, dass sie uns aufschreibt, welche Alternativszenarien es geben könnte, was das für die betroffenen Institutionen bedeutet, damit wir das Thema auch von der Seite weiter diskutieren können.

Vorsitzende Franziska Becker: Frau Meister, danach Frau Dr. Brinker, dann geht es noch weiter.

Sibylle Meister (FDP): Vielen herzlichen Dank! – Ich glaube, dass das insgesamt ein Projekt ist, das dieser Stadt guttun wird. Jetzt ist es natürlich so, dass ich mir auch vorstellen könnte, dass die 87 Millionen Euro noch nicht reichen. Wir könnten knapp darüber rausgehen. Jetzt ist die Frage, womit das zusammenhängt und wie wir das ändern. Klar, man kann sagen: Da müssen andere Mieter rein. – Ich glaube nicht, dass das mit den Mietern rein zusammenhängt. Natürlich macht es Sinn, wenn ich ein Projekt in der Größenordnung baue – davon wäre ich allerdings ausgegangen –, dass mal einer guckt, ob die Mietverträge auch adäquat sind. Die BIM schreibt aber selber in ihren Ausführungen, dass der Mietvertrag von 20 Euro, die die BUA zahlen würde, für sie ausreichend ist. Sonst werden auch 38 Euro gezahlt, kann man auch machen. Das ist jetzt aber gar nicht meine Aufgabe, sondern es ist die Aufgabe, wenn ich das Projekt durchrechne, einmal zu gucken, was denn ein vernünftiger Mietansatz ist. Das ist völlig unabhängig davon, ob im Nachbarhaus Risse auftreten oder nicht. Denn grundsätzlich sollte es beim Bauen ja so sein, dass die Nachbargebäude nicht zusammenbrechen. Das ist eine grundsätzliche Herausforderung beim Bauen und nicht nur beim Robert-Koch-Forum. Das mal dazu!

Die BUA ist eine Institution auch der anderen Hochschulen. Somit ist die Finanzierung über die Hochschulen auch, wenn ich das richtig verstanden habe, über die Hochschulverträge abgedeckt. Die Frage ist eher: Gäbe es auch langfristig gesehen andere Mieter und Mietverträge? – Ich glaube, dass das gar nicht unvorstellbar ist. Es ist ja ein interessanter Standort. Es gibt es sicher auch andere, die dann irgendwann einmal, 2030 oder 2035, nachmieten würden, wenn es so nicht mehr weitergehen sollte. Aber das sind Kalkulationen, die im Vorfeld zu leisten sind, dass wir insgesamt den Anspruch mit vielen Vorlagen und Ähnlichem haben, dass wir uns in einem gewissen Zielkorridor bei den Baukosten wiederfinden – beispielhaft

wie beim ZOB, wir fangen mit einer kleinen Summe an und steigen beim Fünffachen aus –, dass man sich das so ungefähr vorstellen kann, ich denke, da sind wir ja auch alle einer Meinung. Aber das kann ja dieses Projekt nicht infrage stellen. Natürlich muss ich gucken, dass die Baukosten im Rahmen bleiben und es nicht endlos ausufert; das ist ja völlig klar. Aber das stellt ja nicht das Projekt infrage. Sonst muss ich sagen, ich mache gar nichts. Insofern würden wir uns freuen, wenn wir damit weiterkommen, und würden unsere Unterstützung hierfür signalisieren.

Vorsitzende Franziska Becker: Vielen Dank! – Frau Dr. Brinker!

Dr. Kristin Brinker (AfD): Vielen Dank! – Ich glaube, es ist unstreitig, dass das Projekt durchgezogen werden muss. Das Robert-Koch-Forum hat einfach eine Bedeutung. Was aber auch unstreitig ist, ist, dass alles, was man in dieser Region anfasst, mit Gründungsproblemen zu tun hat. Das liegt einfach an den Bodenbeschaffungsverhältnissen vor Ort. Insofern finde ich es hier in der Vorlage schon mal ganz gut, dass zumindest einzelne Punkte, die die Gründung betreffen, mit abgebildet worden sind und sich dadurch natürlich eine enorme Baukostensteigerung darstellt. Das ist völlig normal. In Zukunft würde ich mir wünschen, dass man das vorher schon entsprechend mehr berücksichtigt und nicht immer noch mal in Tranchen hinterherschiebt.

Natürlich muss man auch eine Wirtschaftlichkeitsberechnung machen. Es macht doch keinen Sinn, ein sehr schönes oder ein historisches Gebäude herzurichten und dabei für die Zukunft auf ewig immer ein Riesenzuschussgeschäft zu machen. Die Frage, die sich an der Stelle stellt, ist ja auch, dass, wenn man sich die Vorlage anguckt, durch den neuen Nutzer, der hier dazukommt, neue Raumaufteilungen dazugekommen sind. Dass diese neuen Raumaufteilungen, zusätzlichen Nutzungen usw. speziell auf die neuen Nutzer abgestellt zu sein scheinen, erhöht die Kosten auch noch mal enorm. Da muss man tatsächlich die Frage stellen: Macht das Sinn, oder sollte man einen Teil dieser Kosten, die hier für eine spezielle Raumnutzung in erheblicher Höhe dazukommen, nicht auf den neuen Nutzer übertragen, so wie man das eigentlich auch in der freien Wirtschaft machen würde? Denn offensichtlich will der Mieter hier die Räume entsprechend nutzen. Es ist die Frage, wie sich die Mietverträge gestalten. Das ist wirklich genau der Punkt. Auf jeden Fall sollte es gemacht werden, aber wir müssen uns schon auch ehrlich machen, und auch die tatsächliche Ist-Situation und die zukünftige Situation im Mietvertrag – wie gestalten sich die Mietverträge, für welchen Zeitraum, wie ist das abgesichert? – müssen klar sein, um so eine Vorlage tatsächlich abstimmen zu können. – Vielen Dank!

Vorsitzende Franziska Becker: Frau Remlinger, dann Herr Schneider. – Bitte!

Stefanie Remlinger (GRÜNE): Ich habe mich jetzt noch mal gemeldet, lieber Herr Goiny, weil Sie mich jetzt doch überrascht haben. Ich fürchte – so leid es mir für die Verwaltung tut –, ich hätte gerne ein Wortprotokoll. Herr Goiny, ich werde Ihnen das dann jedes Mal vorlesen, wenn wir wieder über Baukostensteigerungen reden und Sie dann sagen, da hätte man doch, man müsste doch, man hätte aus der Staatsoper was lernen müssen, und aus dem Flughafen hätte man doch was lernen müssen. Wenn wir dann hier einmal zusammensitzen, werden wir als kostenbewusste Menschen sagen: Wir möchten was lernen, wir haben Dinge im Kopf, und wir gucken uns da, wo sich Fragen stellen, diese auch ehrlich an, unabhängig davon, wie viel Sympathie wir dafür haben. – Es ist, ehrlich gesagt, so, dass Sie jetzt wirklich

wie ein Fachpolitiker gesprochen haben. Wir haben hier oft genug diskutiert, dass man vielleicht abstrahieren können müsste von dem, was man inhaltlich gut findet, wenn man in der Lage sein will, ein gutes Kostencontrolling auszufüllen.

Ich finde, es gibt von Ihnen als CDU ein unglaubliches Zickzack in der Argumentation beim Thema „Baukostensteigerungen im Griff behalten“. Sie sagen an der Stelle, aber die Wissenschaft ist doch wichtig, da müssen wir doch, da kann es doch keine Rolle spielen, klar wird es teurer, und wie viel es teurer wird, kann doch keine Rolle spielen, denn die Wissenschaft ist doch so wichtig, und unterstellen mir oder uns, die da drauf gucken wollen, obwohl wir eingangs gesagt haben, dass wir diese Bedeutung für den Wissenschaftsstandort auch sehen, dass wir aber den Hauptausschuss in der Rolle sehen, trotzdem drauf zu gucken, auf welche abschüssige Straße wir uns da begeben und wie wir die Risiken kontrollieren können; vielleicht auch, lieber Herr Goiny, dadurch, dass nicht immer der Staat die Risiken trägt und die Privaten freigestellt werden, oder vielleicht nicht nur dadurch, dass das Land die Risiken trägt und der Bund nicht. Wenn man solche Fragen nicht stellt – Ja, jetzt können Sie sich ganz heftig melden, aber trotzdem wird im Wortprotokoll das stehen, was Sie vorhin gesagt haben, was mich erschüttert hat, zu der Erschütterungsproblematik, Herr Goiny. Ich fand es hocherschütternd, hier wie 3. Klasse zu stehen und zu sagen, aber Wissenschaft ist wichtig, während alle anderen hier im Saal, die mitdenken, sagen: Na, 87 Millionen Euro, das wird lustig.

Wenn man diese Fragen nicht stellen darf, wenn nur gesagt wird, Sie wollen das Vorhaben nicht, können wir unser Geschäft hier sein lassen. Deshalb gibt es hier seriöse Haushälter, und es gibt eine CDU, die auch in vergangenen Wahlperioden mit an der Regierung war und offensichtlich für diese Kostensteigerungen bei den Untersuchungsausschüsse auslösenden Geschichten eine Mitverantwortung getragen hat. Wie Sie da glauben wollen, dass Sie mit der Argumentation, Wissenschaft ist aber wichtig, dafür muss Geld da sein, in die nächste Regierung kommen, finde ich spannend. Wie gesagt, ich bedanke mich für Ihren Wortbeitrag vorhin, weil wir den noch oft aufrufen können, wenn die CDU uns als Regierung vorwerfen möchte, wir würden Geld verschwenden und wir würden keine vorausschauende und nachhaltige Haushaltspolitik betreiben.

Vorsitzende Franziska Becker: Herr Schneider, dann Herr Goiny. – Bitte!

Torsten Schneider (SPD): Na ja, überall so ein bisschen Wahrheit und politisch überlagerte Floskeln. – [Zuruf von Daniel Wesener (GRÜNE)] – Nein, das war nicht –

Vorsitzende Franziska Becker: Herr Schneider, Sie haben das Wort! Bitte!

Torsten Schneider (SPD): Ich weiß, Frau Vorsitzende, vielen Dank! – Ich meinte ausdrücklich nicht Kollegin Remlinger, sondern Sie, Herr Kollege Goiny, um das mal gleich klarzustellen.

Also erstens: Das ist eine exponierte Immobilie, und sie muss selbstverständlich entwickelt werden, aber sie wird auch jede Menge Nutzerinteressen finden, um das mal ganz klipp und klar zu sagen. Das soll keine Ruine bleiben, das soll entwickelt werden, aber zunächst ist diese abstrakte Frage erst einmal vollkommen entkleidet davon, für wen wir es da hübsch machen. Da bin ich völlig klar, um das hier mal unmissverständlich zu sagen. – [Zuruf] – Ja, zum Beispiel.

Zweitens haben wir hier sehr wohl einen Erkenntnisgewinn – daran muss auch ich erinnern, Kollege Goiny. Wir haben sogar eine Beschlusslage des Abgeordnetenhauses – nicht von irgendjemandem; mit Ihren Stimmen –, und zwar im Anschluss an den Untersuchungsausschuss zur Staatsoper. Das können Sie gerne noch mal rausnehmen und durchlesen. Da gab es auch ein Problemfeld: Gründungskosten, Pfähle setzen usw., Baukostensteigerung; aber es gab eben auch ein Zweites: Draufsatteln auf fachliche Spezifikation; da ging es um Millisekunden, die man da in welchem Rang auch immer wahrnimmt und sonst was – das war politisch vorher entschieden. Und drittens: die Risikoverteilung. Die Risikoverteilung hatte drei Ebenen: Der Bund hatte einen Festbetrag zugesagt – was weiß ich, grob 200 Millionen Euro –, dann gab es eine Privatzusage durch Spenden – die sich hinterher im Verhältnis gesehen als Ulk herausgestellt hat, als nicht belastbar; die uns aber vorher bei der politischen Grundentscheidung zur Sanierung wichtig war und heiß verkauft wurde –, und es gab drittens das Land, das für alles andere geradestehen musste: für den Spendenausfall und für die Baukostensteigerung. Wenn ich das richtig erinnere, haben sich die Baukosten, die das Land tragen musste, verzweifelt zwanzigfacht.

Es gibt also diesen Erkenntnisgewinn und es gibt den Parlamentsbeschluss: Das machen wir nicht noch mal. – Das will ich mal in Erinnerung rufen, und das war, glaube ich, hier sogar einstimmig. Alle haben da vorne gestanden und haben in dieser Art und Weise berichtet, und dann gab es die politisch nuanciellen Unterschiede, ob die Kulturpolitiker böse sind und was weiß ich und welche Regierung welche Entscheidung getroffen hat; aber in diesem Grundsatz waren sich alle einig. Und hier befinden wir uns in einer Projektphase, in der der Senat einen Vorschlag hinsichtlich einer konkreten Nutzung und Herrichtung macht und das Parlament noch gar nicht Ja gesagt hat, also in einer Frühphase. Wir sind nicht in der Phase: Stehst du erst im Haushaltsplan, schraubst du auch Geländer dran –, sondern wir sind in der Phase, in der wir noch echt einwirken können, in der wir nicht alternativlos zur 23. Steigerungsrate nicken müssen, und das muss jedem der Beteiligten hier klarwerden.

Ein Teilaспект ist – das hat Kollegin Brinker gesagt, und ich meine auch, das bei der FDP jedenfalls nuanciell gehört zu haben –, dass sich zur Grundannahme: Wir sanieren diese Immobilie – etwas verändert hat, nämlich nutzerspezifisches Draufsatteln: Tagungssaal, Büroflächen und was weiß ich, und dass sich das jedenfalls mutmaßlich aber nicht in der Bereitschaft abbildet, entsprechende Anpassungen bei der Mietvertragsverhandlung vorzunehmen. Das habe ich hier beim letzten Mal schon gesagt: Das ist mit uns nicht zu machen, weil dieser Ausschuss stimmt hier nicht ab über die Baukostensteigerung auf 87 Millionen Euro plus X, wie die FDP vermutet, sondern über die Änderung der Bauplanung selbst. Das ist Gesetzeslage, auch daran will ich mal erinnern – übrigens auch einstimmig beschlossen, diese LHO-Änderung, im Parlament. Niemand hat dagegengestimmt. Wir müssen zustimmen, ob da ein Sitzungssaal für 300 Leute, der in der ursprünglichen Planung nicht vorhanden war, erfolgt, ja oder nein, und nicht, was der kosten darf. Das ist ein Riesenunterschied. Das wollen die Fachpolitiker nicht wahrhaben, aber so ist die Gesetzeslage. Nur dieser Ausschuss stimmt

darüber ab und niemand anderes. Und da erwarten wir natürlich umgekehrt, was ich mutmaßlich beim Kollegen Zillich sehe: die Bereitschaft, das in irgendeiner Weise in einer – – denn offensichtlich ist es ja so: Bisher ist das unwirtschaftlich anhand des Mietzinses, der da erworben wird. Da muss Bewegung rein. Das haben wir hier vor zwei – oder was weiß ich wie vielen – Wochen schon relativ klar formuliert. Und ob Sie dann mit der großen Keule kommen und sagen: Die wollen das ganze Projekt anhalten und das nur, weil es privat ist –, das ist mir vollkommen egal. Hier geht es um das Grundverständnis dieses Ausschusses und des Parlaments insgesamt, die sich da nämlich nach der Staatsoper klar festgelegt haben.

Und dann betrifft das eben auch die Risikoverteilung. Wir haben nämlich hier erneut – und ich kenne das nicht anders anhand der Unterlagen – eine vollständige Kostensteigerungsrisikolast beim Land und null beim potenziellen Nutzer – null! –, der aber die Spezifikation und die technischen Anforderungen hoch stellt. Und zwar hinterher – nicht wie bei der Staatsoper, wo die Millisekunden vorher schon eine Rolle gespielt haben. Und das geht nicht. Fazit: Es muss nachverhandelt werden, und zwar erfolgreich. Dann gibt es auch wieder den Goodwill, da sind wir uns wieder einig, auch mit diesem Nutzer oder dieser Nutzerin, die ich gleich kenne. Das ist das, was wir mit Wirtschaftlichkeit meinen, mit vorausschauender Analyse. Und wenn wir die Vermutung mit Ihnen, Frau Kollegin Meister, teilen, dass das mit 87 Millionen Euro nicht sein Bewenden hat – na, dann will ich es aber besonders gründlich wissen, sonst hätten wir doch unseren Job überhaupt nicht gemacht. Deswegen ist das für uns völlig unaufgeregt. Wir unterstützen den Vertagungsantrag, den die Kollegin Remlinger formuliert hat, und haben jetzt, glaube ich, auch mit Blick auf die im Hintergrund laufenden Gespräche alles gesagt.

Vorsitzende Franziska Becker: Frau Meister!

Sibylle Meister (FDP): Wir haben uns die Unterlagen gerade noch mal angesehen, und ich habe mir auch diese zusätzliche rote Nummer noch mal angesehen gehabt. Ich bin ja sozusagen von der Sache her völlig bei Ihnen. Natürlich muss ich zu einem Mietzins vermieten, der auch mit der Projektentwicklung in irgendeinem Zusammenhang steht. Das macht ja Sinn, aber genau das ist ja das, was uns vorliegt, was hier aufgeschrieben ist. Es ist gerechnet worden: Angeblich amortisiert sich das über die 30 Jahre. Es steht drin, dass die BIM sagt: 20,75 Euro sind so weit okay –, und sie sehen das als den richtigen Mietzins an. Das müssen Sie ja nun rechnen. Die BIM schreibt darin auch: Ja, es gibt auch anderswo Mieten für 38 Euro. – Jetzt ist natürlich die Möglichkeit der Miete an der Dorotheenstraße eingeschränkt; es ist eingeschränkt für Bildung, Wissenschaft, Forschung. Ich kann gar nicht beurteilen, was andere dort zahlen könnten, aber das ist ja genau das, was uns vorliegt, und woran nachher auch entschieden werden soll, dass wir sagen: Natürlich muss die Miete zur Projektentwicklung passen, aber in beiden Vorlagen steht: Wir haben es dreimal geprüft, und es passt dazu. – Also dann weiß ich jetzt auch nicht mehr.

Vorsitzende Franziska Becker: Vielen Dank. Ich sehe jetzt keine weiteren Wort- – – Herr Goiny, Entschuldigung! Bitte!

Christian Goiny (CDU): In der Tat, Frau Kollegin Remlinger, es wäre doch ganz zauberhaft, wenn wir uns mal darauf verständigen könnten, dass, wenn wir unterschiedlicher Meinung sind, wir den anderen nicht immer gleich als Blödmann darstellen oder als keinen guten, seriösen Haushälter oder weiß ich was. Diese Tonlage, die da bei Ihnen immer so durchschim-

mert – das können wir einfach mal sein lassen. Nehmen Sie doch mal zur Kenntnis, dass wir an das Thema mit unterschiedlichen Perspektiven rangehen, und genauso wie ich vor Ihrer Meinung Respekt habe, haben sie den vielleicht vor meiner auch, ohne dass die eine jetzt dem anderen sagen muss, er sei ein schlechter Haushälter oder hätte irgendwas nicht verstanden oder sei zu blöd, hier vernünftig die Interessen wahrzunehmen. Das, finde ich, wäre schon mal ein vernünftiger Grundkonsens, damit wir hier weiterdiskutieren können.

Wenn man in diesem Ausschuss schon eine Weile mitarbeitet, dann hatte man verschiedene Bauvorhaben, über die wir uns hier ausgetauscht und gestritten haben. Die Diskussionen über Kostensteigerungen fangen immer so an, wie sie der Kollege Schneider hier wieder vorgetragen hat. Und wir wissen doch alle, wie sie immer enden. – [Zuruf von Torsten Schneider (SPD)] – Genau, dein schönes Beispiel der Schauspielschule. Was haben wir da für einen Aufriss gehabt, was haben wir da für Demos gehabt, stadtweite Berühmtheit dadurch erlangt – also insofern hat es ja für die PR geholfen. – [Zuruf von Torsten Schneider (SPD)] –

Vorsitzende Franziska Becker: Kollegen! Jetzt bitte keine Dialoge.

Christian Goiny (CDU): Aber wir sind uns an dieser Stelle völlig einig.

Vorsitzende Franziska Becker: Alles gut, aber Emotion raus und – –

Christian Goiny (CDU): Nein, wir haben ja gute Laune. Das ist ja nicht das Thema. – [Zuruf von Torsten Schneider (SPD)] – Es ist ja noch Karnevalszeit.

Vorsitzende Franziska Becker: Herr Goiny, bitte! Sie sind dran.

Christian Goiny (CDU): Vielen Dank, Frau Vorsitzende! – Also: Am Ende haben wir es natürlich bezahlt, am Ende wurde es teurer. Den einen Punkt hat ja Frau Kollegin Meister schon richtig dargestellt: Was wir hier erleben, ist doch, dass wir schon relativ am Anfang mal die Dinge auf den Tisch gelegt bekommen. Was uns doch in der Vergangenheit immer generiert hat, war, dass wir sonst immer genau dieses Motto haben: Stehst du erst im Haushaltsplan, schraubst du auch Schneiders Geländer an. – Wir haben immer darauf gedrängt – übrigens auch als Konsequenz aus der Staatsoper –, dass wir gesagt haben: Dann schreibt uns doch mal bitte am Anfang des Projekts auf: Was kommt jetzt und was wird denn an der Stelle noch sein? – Ein Großteil der Kostensteigerungen sind doch auch immer Bauverzögerungen, weil wir eben zu langsam bauen, weil wir zu lange planen, weil wir Dinge immer wieder aufhalten und weil Sachen auf der Zeitschiene nicht funktionieren. So, und wenn man jetzt aber sagt – ich habe ja aus dem, was ich hier vorliegen habe, den Eindruck, dass die Wissenschaftsverwaltung daran mit entsprechender Energie und Tempo arbeitet –: Wir kümmern uns hier um etwas Zügliches. Mit der Miete haben wir jetzt eine klare Ansage –, dann kann man ja sagen: Möchte die Koalition denn diese Baumaßnahme ohne diesen Saal für 300 Leute? Ist das die Ansage – wenn das raus kommt, ist es auf einmal gut? Macht das nutzerspezifisch eigentlich Sinn? Ist es nicht richtig, sich das jetzt anzuschauen und zu sagen: Okay, in der Ursprungsplanung waren ein paar Sachen nicht drin, bei unserer Prüfung stellt sich aber heraus, es macht total Sinn, in eine Hochschulnutzung auch so einen Saal mit reinzupacken. Warum ist denn das schlecht? – So, und jetzt kann man sagen: Dann hätten wir gern mehr Miete. Wie viel mehr Miete soll es denn sein? Machen wir denn dann mit? – Denn egal, wen wir da

am Ende reinschicken: An der Baukostenschraube, dem Kern der schneiderschen Argumentation – – [Zuruf von Torsten Schneider (SPD)] – Nein, den gibt es, den gibt es mit Sicherheit.

Vorsitzende Franziska Becker: Herr Schneider!

Christian Goiny (CDU): Will man aber einen anderen Mieter und nicht den – wenn es um die Baukosten geht, – [Zuruf von Torsten Schneider (SPD)] – können wir das Ding doch drehen und wenden, wie wir wollen: Es wird doch nicht billiger, da hat doch Frau Kollegin Meister recht. Natürlich wird es allein schon auf der Zeitschiene teurer, und egal, wer da reingeht, die Baurisiken, also die remlingersche Erschütterung bleibt natürlich und alles, das ist doch egal, was wir da machen. Insofern ist das doch natürlich eine relativ vorgeschoßene Argumentation. Nein, in der Tat, wir haben bei Bauvorhaben immer die gleichen Diskussionen. Hier finde ich es gut, dass wir uns am Anfang hier ehrlich machen: Was wollen haben? – Wir könnten dann auch sagen: Okay, das ist es dann jetzt, was die Umplanung anbetrifft, und da setzen wir einen Deckel drauf –, dann machen wir es dann aber auch so, weil wir eben gerade am Anfang des Prozesses sind und weitere Umplanungen nicht mitmachen wollen. Dann kommen die Geländer eben nachträglich nicht mehr dazu, dann haben wir aber jetzt eine Verabredung, und dann können wir uns auch darüber verständigen, was es an Baukostensteigerung geben kann. Alles, was Indexsteigerungen sind, was Zeitverzögerungen sind – die werden wir natürlich haben, völlig klar. – [Zuruf von Torsten Schneider (SPD)] – Wir können den Nutzer daran beteiligen; der ist ja über die Mietzahlung, glaube ich, schon daran beteiligt, wenn ich das richtig gelesen habe. Man kann natürlich auch schauen, ob man den noch mehr daran beteiligt. Jetzt aber das Projekt aufzuhalten, aber gleichzeitig zu sagen, man will es, man hält es wegen der Kostensteigerung an – das führt zu mehr Kostensteigerung. Das ist eigentlich eine unsaubere Argumentation, und da kann man sich in der [unverständlich] Begründung auch nicht auf den Untersuchungsausschuss zum Thema Staatsoper berufen.

Vorsitzende Franziska Becker: Vielen Dank! – Ich sehe jetzt keine weiteren Wortmeldungen. – Doch, Herr Schneider, gut. – Die Verwaltung ist hier schon sehr ungeduldig.

Torsten Schneider (SPD): Seien Sie versichert, Frau Vorsitzende, das tut mir nicht leid, wenn die Verwaltung ungeduldig ist. Das geht mir auch ganz oft so. – Nur: Wir halten hier nichts an, Herr Kollege Goiny, das war mir schon noch mal wichtig zu sagen. Wir haben nämlich klar formuliert, öffentlich und nichtöffentliche, welche Voraussetzungen hier zu schaffen sind. Der Ball liegt nicht in diesem Ausschuss, sondern der Ball liegt bei den Nutzern, das ist mal völlig klar hier.

Vorsitzende Franziska Becker: Jetzt sehe ich keine weiteren Wortmeldungen, jetzt gebe ich der Verwaltung noch die Gelegenheit, dazu Stellung zu beziehen. Ich begrüße den Chef der Senatskanzlei, Herrn Gaebler. – Bitte schön!

Staatssekretär Christian Gaebler (CdS): Vielen Dank, Frau Vorsitzende! – Meine Damen und Herren Abgeordnete! „Ungeduld“ war jetzt vielleicht ein bisschen falsch, aber natürlich will ich gerne zu dem Stellung nehmen, was Sie hier eingebracht haben, und vielleicht auch noch einmal daran erinnern: Wir fangen ja jetzt hier nicht bei null an. Es gab dazu Beschlüsse, es gab Entscheidungen, dass grundsätzlich auf diesem Grundstück eine Nutzung für Wissenschaft und Forschung auch über B-Plan abgesichert wird; das heißt, da können jetzt nicht beliebig andere, weiß ich nicht, Headquarters von Wirtschaftsunternehmen oder sonst was ein-

ziehen, sondern die Nutzung ist durch B-Plan festgesetzt auf Wissenschaft und Forschung, auch aus gutem Grund und auch mit Unterstützung dieses Parlaments. In der I-Planung ist das Projekt auch enthalten. Es gibt einen B-Plan. Das Ganze ist Landesvermögen; wir haben auch die Auflage, dass Sachen möglichst innerhalb von Landesvermögen untergebracht werden und das dort auch wirtschaftlich genutzt wird. Insofern gibt es die Forderung nach angemessenen Mieten auf jeden Fall. Auch da muss man ein bisschen differenzieren: Wenn es sozusagen externe Private sind wie in diesem Fall die Hertie School, gibt es sicherlich mehr Spielraum, als wenn es sich um eine von den Hochschulen getragene Allianz handelt, die ja auch über die Förderung der Exzellenzstrategie gefördert wird – übrigens nicht aus den Hochschulverträgen, sondern dafür ist Extragebühren bewilligt worden –; das vielleicht mal als Rahmenbedingung. Die BIM hat auch in Abstimmung mit der Senatskanzlei natürlich auch genau diese Wirtschaftlichkeitsbetrachtung gemacht – die findet man übrigens auch in der Vorlage als Anlage 3.2 –; die Behauptung, hier gebe es keine Wirtschaftlichkeitsbetrachtung, kann ich also in der Schärfe nicht ganz nachvollziehen. Sicherlich: Wenn da noch Bedarf an Erläuterungen ist, müssten Sie das konkretisieren, dann können wir das auch noch einmal untersetzen, aber das Ganze ist schon so ausgelegt, dass am Ende über 20, 30 Jahre eine Refinanzierung durch die Mieteinnahmen erreicht wird – das muss man auch noch sehen, wie hoch dann die Kosten tatsächlich insgesamt sind.

Wir haben, glaube ich, alle gemeinsam die Erfahrungen aus Staatsoper und anderen Bauvorhaben, die aber genau hier ja dazu führen, dass wir in einem relativ frühen Stadium alle Karten auf den Tisch legen. Daraus jetzt einen Vorbehalt, also eine Vorhaltung zu machen: Na ja, wenn es jetzt schon so teuer ist, dann wird es ja noch viel teurer! –, das schickt uns allerdings in einen Teufelskreis, in dem wir entweder sagen: Wir verheimlichen lieber Kosten, damit nicht gemutmaßt wird, es wird teurer –, oder wir legen Kosten auf den Tisch, dann wird aber gesagt: Wenn es jetzt schon die Kostensteigerungen gibt, dann kommen ja nachher immer noch mehr! – Genau hier ist ja das Bemühen, diese Kostensteigerungen und Risiken schon mit den BPU so weit vorzulegen, dass eben der Baubeginn gemacht werden kann in dem Bewusstsein: In welchem Rahmen bewegen wir uns jetzt? – Natürlich kann ich jetzt hier nicht ausschließen, dass noch irgendetwas anderes dazukommt, aber ich glaube, wir sind hier mit diesen Untersuchungen so weit wie bei wenigen anderen Projekten. – Deswegen, Frau Remlinger, versteh ich grundsätzlich Ihre Skepsis, aber wir haben das ja hier tatsächlich genau nachgewiesen. Dass aus diesen Risiken, die dort benannt werden und übrigens auch eingepreist sind, weitere Risiken und weitere Kosten entstehen, das kann man zwar mutmaßen, es ist aber sachlich eigentlich nicht unterlegt und auch eher unwahrscheinlich.

Zum Zweiten: die Frage der Erschütterung. Dabei geht es tatsächlich um den Bau konkret. Den haben wir aber an dieser Stelle, egal was wir da bauen, weil wir eben mit diesen Gründungen das nachholen müssen, was über die Jahrzehnte vielleicht an Anforderungen dazugekommen ist – aber nicht, dass das jetzt eine spezielle Aktion nur für diese Baumaßnahme ist, sondern wenn wir dieses Gebäude instand setzen wollen, auf einen neuen technischen Stand bringen und auch auf eine Flächennutzungsgrößenordnung, die heutigen Anforderungen entspricht, dann sind da eben entsprechende Ergänzungen erforderlich. Insofern kann ich die Irritationen über Kostensteigerungen sowieso immer verstehen und nachvollziehen, aber will ein bisschen die Angst nehmen, dass das jetzt der Anfang von weiteren horrenden Steigerungen ist. Im Moment ist tatsächlich eher zu befürchten, dass durch weitere Verzögerungen irgendwann weitere Kosten entstehen und dass vor allen Dingen auch die Verhandlungen mit der Hertie School über das tatsächliche Nutzerentgelt natürlich auch nicht weiter vorankommen.

men, wenn unklar ist: Was steht eigentlich zur Nutzung dann zur Verfügung? – Wir gehen im Moment davon aus, dass die Hertie School dort einen angemessenen Preis bezahlt, der auch diese Refinanzierung ermöglicht. Wie ich schon sagte, gibt es da gewisse Differenzierungen zwischen den Nutzern, je nachdem – also die BUA wird eventuell andere Mieten zahlen als die Hertie School. Das hängt dann aber auch von den Nutzungen ab und auch von dem Rahmen, in dem wir das Ganze machen; das eine sind ja nun auch staatliche Hochschulen, die sich zusammengefunden haben. Insofern kann man aus den einen Kosten nicht auf die anderen schließen. Für die Hertie School gibt es noch keine abgeschlossenen Mietverhandlungen, sondern die laufen, und bisher ist nicht erkennbar, dass die Hertie School hier sagt, dass sie die nutzerspezifischen Kosten und auch die Refinanzierungskosten nicht bereit ist zu zahlen.

Insofern: Mehrkosten sind teilweise auch durch Mehrflächen bedingt. Diese Mehrflächen werden dann aber auch durch entsprechende Mehrmieteinnahmen in gewisser Weise wieder ausgeglichen. Insofern nehmen wir Ihre Hinweise gerne noch mal mit, aber dieser Grundhinweis – könnte man das denn nicht anderswo viel günstiger machen und viel besser; schneller wahrscheinlich auch nicht – führt uns tatsächlich an einen Punkt, an dem wir wieder von vorne anfangen und sich die Frage stellt: Was passiert denn mit diesem Grundstück, dieser Immobilie des Landes Berlin, die für Wissenschaft und Forschung vorgesehen ist? – Sagen wir mal so: Die Refinanzierung der Kosten, die da entstehen, wird sicherlich nicht einfacher, wenn wir da jetzt einfach Hochschulinstitutionen reinmachen, sondern wir haben hier eigentlich die einmalige Chance, mit dieser Hertie School, die eben deutlich zahlungskräftiger ist als unsere staatlichen Hochschulen, dann eben auch eine entsprechende Refinanzierung zu ermöglichen. Deswegen würden wir an dem Projekt auch gern entsprechend weiterarbeiten können – gerne mit den Hinweisen, die Sie haben, auch den Fragen, die gestellt wurden; aber dass sozusagen keine Wirtschaftlichkeitsberechnungen und -analysen vorliegen, das kann ich so erst einmal nicht nachvollziehen. Wenn es zu einem Folgebericht konkrete Nachfragen gibt, gerne. Das Problem ist nur: Wir sind auch unter einem gewissen Zeitdruck, also es muss irgendwie entschieden werden: Geht das jetzt weiter, geht es nicht weiter? Soll jetzt irgendetwas rausgestrichen werden oder nicht? – Geht es tatsächlich darum, schon mit der Hertie School Mietverträge abzuschließen, oder, sagen wir mal, LOIs oder Ähnliches? Dann ist das ein konkreter Auftrag, mit dem wir agieren können; aber an der Stelle wäre ich dankbar für etwas spezifischere Hinweise.

Vorsitzende Franziska Becker: Vielen Dank! – Die nächste Runde: Herr Schneider, dann Frau Remlinger. – Bitte!

Torsten Schneider (SPD): Vielen Dank, Frau Vorsitzende! – Da brauchen wir jetzt natürlich Klarheit, und deshalb richte ich meine Frage ausdrücklich an die Finanzverwaltung: Hier ist ja nun sowohl von Kollegin Meister als auch von der Senatskanzlei gesagt worden, es gebe eine Anlage, aus der sich die Wirtschaftlichkeit dieses Vorhabens ergebe. Nun haben wir es aber mit einer Baukostensteigerungsvorlage und mit einer Zustimmungsvorlage zu tun, worin draufgesattelt wird. Neue Risiken werden beschrieben, und neue Nutzungsanforderungen werden beschrieben. Und jetzt will ich genau wissen: Ist das Vorhaben nach Auffassung der Senatsfinanzverwaltung wirtschaftlich in dem Sinne, wie die Koalition das hier abfragt und Kollege Zillich jetzt schon zum weiß ich wievielten Mal fragt, auf der Basis dieser Zustimmungsvorlage, also 87 Millionen Euro, oder ist es wirtschaftlich auf der Basis der Ursprungspannung, also 53 Millionen Euro? Das ist ja ein kleiner Unterschied, und jetzt wabern hier so zwei verschiedene Aussagen im Raum. Also wenn mir der Senat jetzt sagt: Das ist vollkom-

men geradeaus –, dann hätten wir das gerne schon vor zwei Wochen gewusst, aber da haben wir das ja bereits ausgelöst – also der Zillich hat das ausgelöst –, dass uns hier verschriftlicht wird, ob das auf der Basis von 87 Millionen Euro und dem bisher verhandelten Mietzins wirtschaftlich ist. Das kann man ja hier erklären. Wenn das nicht der Fall ist, dann haben wir Gesprächsbedarf. Dann haben wir jetzt aber schon seit zwei Wochen eine Verzögerung, weil vor zwei Wochen war das hier schon Thema, und da ist nach meiner Kenntnis die Finanzverwaltung von uns politisch losgeschickt worden, mit den konkreten Nutzern nachzuverhandeln, und uns ist kommuniziert worden: Da gibt es keine Bereitschaft, zu Anpassungen zu kommen. – Die Gespräche haben also stattgefunden und waren ergebnislos. So, und jetzt – Entschuldigung, mit Verlaub – fühle ich mich ein bisschen verschaukelt, wenn ich hier zwei völlig diametrale Senatsaussagen habe und auf dieser Basis politische Entscheidungen treffen soll. Das muss jetzt mal klar sein; wir haben hier ein Wortprotokoll. Wir können das auch gerne mal in einer Plenarsitzung diskutieren, aber veräppeln lassen will ich mich nicht.

Vorsitzende Franziska Becker: Vielen Dank! – Frau Remlinger, Frau Dr. Brinker, dann Frau Meister.

Stefanie Remlinger (GRÜNE): Vielen Dank! – Mir geht es da wirklich ganz so wie Herrn Schneider, weil wir haben in der Tat als Koalition vor zwei Wochen gesagt: Wie bilden sich die nutzerbedingten Wünsche in den Mietvertragsverhandlungen bzw. dann in dem festgelegten Mietzins ab? –, und jetzt haben wir hier – deshalb habe ich auf diesen Punkt abgehoben – einen neuen Sachverhalt, der uns geschildert wird, der vorher nicht drin war, dass wir sagen: Wir haben festgestellt, aufgrund all dessen, was wir uns noch wünschen – so habe ich es zumindest verstanden, dass es auch an diesen zusätzlichen Wünschen liegt –, müssen wir die Pfahlgründung ganz anders machen, eine Neugründung machen. Und hier steht eben:

Erschütterungen hierbei sind ein Normalzustand. Jedoch fordert das auf dem gleichen Grundstück gelegene ARD-Hauptstadtstudio durchgehende Erschütterungsfreiheit für die Tonstudios.

Wir stellen aber fest, zwei Sätze später: Es ist aber „anzunehmen, dass es zu ... Rissen“ in den Nachbargebäuden kommen wird. – Jetzt weiß ich nicht, ob die ARD dann sagt: Ach, schade, hätten wir uns erschütterungsfrei gewünscht, wäre für uns auch echt wichtig, aber – hm –, oder ob die sagt: Dann verklagen wir das Land auf die Kosten. – Was heißt „nur die Bauphase“? Wenn da Risse in den Nachbargebäuden entstehen, dann löst das wahrscheinlich bei denen auch Sanierungsbedarfe aus – ja oder nein? Ich bin keine Baufrau, aber ich habe tatsächlich für diese Frage – und das war meine Frage: Inwiefern man für Folgeschäden haftbar wird, wie man sich dagegen absichern kann oder abgesichert ist, oder mit welchen Entschädigungskosten man eventuell rechnen muss? – in der Finanzierung für die 87 Millionen Euro in den Kostengruppen, die Sie mir für diese Frage aufgeführt haben, nichts gefunden. Frau Meister, Sie sagen in einem Satz: Ist doch lustig, selbstverständlich wird hier alles teurer werden! –, und gleichzeitig sagen Sie: Wie kann man hier noch Nachfragen zum Mietzins stellen, der ist doch als wirtschaftlich vorgerechnet. – Es kann ja nur eins von beidem stimmen. Wenn das Bauvorhaben am Schluss 200 Millionen Euro kostet, dann haben wir ja nun andere Amortisationskosten, als wenn wir für 87 Millionen Euro bauen. Deshalb haben auch Herr Schneider und wir alle versucht, von Risiken und Risikoverteilung zu sprechen.

Soll ich wirklich mitnehmen, dass Sie als FDP und CDU sagen: Ja, das ist vollkommen in Ordnung, da muss immer das Land Berlin mit seinen Steuerzahlermitteln nachbuttern –? – [Zuruf] – Oder darf man hier solche Fragen noch stellen? Wenn der Senat, was er jetzt versucht hat, mich da beruhigen kann, dass das anders wird als bei dem benachbarten Bauvorhaben des Bundestags, wo es Spitz auf Knopf stand, alles noch mal abreißen, alles noch mal neu machen zu müssen, die Grundplatte zu schwach gemacht zu haben. Wenn wir all solche Sorgen als Land Berlin nicht haben und Sie sagen, das amortisiert sich in 20 Jahren, weil die Mieter machen mit – wenn wir das hier schwarz auf weiß haben, bin ich die erste, die sich freut über die Wissenschaftsstandortentwicklung im Land Berlin an dieser Stelle, an der wir alle gerne wären, in Spuckweite zum Jakob-Kaiser-Haus. Fühlen wir uns da nicht gut? – Unbedingt, ich bin dabei! Aber für 87 Millionen Euro und 20 Jahre Amortisierungsdauer; alles andere sind, finde ich, legitime Fragen, bei denen ich erwartet hätte, dass die Opposition – oder jedenfalls CDU und FDP; die AfD hat sich da in der Tat stringenter verhalten –, die uns sonst immer alles Mögliche vorwirft, voll an unserer Seite steht. Aber voll!

Vorsitzende Franziska Becker: Frau Dr. Brinker und dann Frau Meister. – Herr Schneider! Ich bitte um etwas Ruhe. Haben Sie sich gemeldet? – [Zuruf von Torsten Schneider (SPD)] – Genau, aber jetzt erst die Abgeordneten, dann ist der Senat dran.

Dr. Kristin Brinker (AfD): Vielen Dank! – Ich habe mir jetzt noch mal die Anlage 3.2 in dieser Vorlage angesehen. Darin steht, im unteren letzten Kasten, dass aufgrund der bisherigen Gespräche mit der BUA – die BUA ist ja offensichtlich der Vertragspartner, der jetzt noch dazukommen soll – eine Einigung auf die für die Wirtschaftlichkeit des Vorhabens erforderliche Mindestmiete nicht erreicht werden kann. Das steht hier drin. Und was auch noch drinsteht, und was mich jetzt durchaus irritiert, ist, dass die BUA eine Laufzeit – oder dass zumindest der Vertrag nur ganz begrenzt über zweieinhalb Jahre gemacht werden kann wegen der Laufzeit der Fördermittel über sieben Jahre, die schon 2019 bewilligt worden sind. Auf welcher Basis verhandeln Sie denn dann als Senatskanzlei, wenn Sie auch spezifisch für die BUA tatsächlich solche doch extrem teuren Umbauplanungen mit berücksichtigen wollen? Wie muss ich mir dann so eine Wirtschaftlichkeitsberechnung über 20 Jahre vorstellen, wenn eigentlich genau für den spezifischen Mieter für teures Geld die spezifischen Zubauten gemacht werden, aber das Ganze gesichert eigentlich erst mal nur für zweieinhalb Jahre vermietet werden kann, weil man nicht weiß, wie es dann weiter finanziert wird? Also das ist ein Knackpunkt – da bin ich auch bei der Koalition: So etwas muss geklärt werden. – Vielen Dank!

Vorsitzende Franziska Becker: Frau Meister, bitte!

Sibylle Meister (FDP): Also ich habe eine 3296 – das war ja die ursprüngliche Nummer –, da hängt hinten ein Prüfbericht dran. Dort steht auf Seite 24 unter dem Punkt 7, Wirtschaftlichkeitsbetrachtung: Die Wirtschaftlichkeitsbetrachtung ist

unter Berücksichtigung tatsächlicher Gesamtkosten ... neu aufzustellen und nachzu-reichen.

Dann steht darunter, 26.08.:

In der Wirtschaftlichkeitsberechnung wurden die tatsächlichen Gesamtkosten von 87,15 Mio. € berücksichtigt.

So steht das jetzt hier im Anhang. Dann gibt es hinten die bunten Listen, darin steht dann auch der Mietpreis, den die Hertie School zahlt – der ist einmal auf 20 Jahre und einmal auf 30 Jahre gerechnet –, und wie sich das alles amortisieren soll. Jetzt sagt mir Frau Remlinger: Ja, wir haben auch einen BPU-Plan gemacht, aber eigentlich ist das alles nur so ungefähr, weil es kann ja echt viel passieren. – Ja, natürlich kann viel passieren, das ist ja selbstverständlich. Aber genau deswegen, weil wir ja mit Staatsoper und Flughafen usw. und was alles versucht worden ist zu bauen, erfahren haben, dass viel passieren kann, sollte es ja so sein, dass genau diese BPUs plus der Bauindexsteigerung plus allen anderen Vorsorgemöglichkeiten, die man eingestellt hat, plus der Wirtschaftlichkeitsberechnung zumindest eine gewisse Korridorsicherheit geben, dass man Bauprojekte überhaupt anfangen kann. Das, was Sie mir jetzt erklären, Frau Remlinger, ist: Wir haben zwar eine rote Nummer, aber wissen Sie, der ist kein Glauben zu schenken. – Das ist nun irgendwo schon auch ein bisschen niedlich. Dann kann ich ja gleich sagen: Ich kann mir das Lesen sparen, weil das trifft sowieso nicht zu. – Also insofern bin ich jetzt auch mal gespannt, was die Senatsverwaltung für Finanzen nachher sagt, wie ernst diese Vorlage zu nehmen ist.

Franziska Becker (SPD): Bevor ich jetzt Herrn Gaebler und dann der Finanzverwaltung das Wort erteile, halte ich auch noch einmal für das Protokoll fest, dass ein Wortprotokoll beantragt wurde. – Dann ist jetzt bitte noch einmal Herr Staatssekretär Gaebler dran.

Staatssekretär Christian Gaebler (CdS): Den größten Teil wird die Kollegin Junker beantworten. Ich wollte nur sagen, damit es keine Missverständnisse gibt: Ich habe vorhin „Anlage 3.2, Wirtschaftlichkeitsberechnung“ gesagt. Das ist natürlich 3.1, das ist der Teil zur Hertie School, und 3.2 ist der Teil zur BUA. Bei der BUA ist ja nur ein kleinerer Teil der Kosten drin und bei der Hertie School der große Teil, deswegen unterscheiden sich die Kosten auch ein bisschen. Ich wollte nur nicht, dass da ein Missverständnis vorliegt. Ansonsten würde ich dann bitten, dass Frau Kollegin Junker das zu den ganzen Mietsachen und Ähnlichem, was die BIM macht, erläutert.

Franziska Becker (SPD): Frau Junker, bitte!

Staatssekretärin Vera Junker (SenFin): Ich würde jetzt gerne erst mal auf die Frage von Herrn Schneider antworten, wie diese Vorlage, die wir schon das zweite Mal hier vor uns liegen haben, die sich auch nicht verändert hat, zu verstehen ist. Ich habe immer versucht, gerade bei der Diskussion nachzuvollziehen, wo jetzt genau das Problem ist, weil ich das Problem nicht gesehen habe. Diese Vorlage beschreibt den Zustand, den die BIM uns zu der Frage aufgeschrieben hat: Was soll das für die beiden Nutzer kosten auf der Grundlage der jetzt wahrscheinlich erforderlich werdenden 87 Millionen Euro als Preis? Wann wären diese 87 Millionen wirtschaftlich, wenn man entsprechende Mietverträge schließt und die nutzerspezifischen Ausbauten macht, die dann auch vom Nutzer mitgetragen werden müssen? – Das ist das, was die BIM aufgeschrieben hat. Auf dieser Grundlage wären die 87 Millionen Euro zu refinanzieren. Und zwar würden sich die nutzerspezifischen Einbauten bzw. Leistungen, wenn ich sie richtig verstanden habe, in 20 Jahren refinanzieren – so ist es gedacht –, und der Rest geht auf 30 Jahre, wie es so üblich ist. Das, was Herr Gaebler gesagt hat, war ja in allen Punkten völlig richtig. Die Vorlage gibt wieder, wann diese Maßnahme, so wie sie geplant ist, wirtschaftlich wäre. Das ist der entscheidende Punkt: wäre.

Der Punkt, über den wir jetzt schon ein paar Mal gesprochen haben, ist, dass die Verhandlungen mit dem größeren Nutzer, sprich, der Hertie School, eben noch nicht abgeschlossen sind, auf dieser Grundlage. Wenn jetzt die Umsetzung so erfolgen könnte, sprich, wenn die beiden Nutzer mit dem einverstanden wären, was hier an Wirtschaftlichkeit, an Erforderlichkeit aufgeführt ist, dann wäre alles gut. Also ist nicht die Vorlage irgendwie missverständlich oder schlecht oder widersprüchlich, sondern der Punkt ist ein tatsächlicher und steckt nicht in der Vorlage: Wird uns die Umsetzung gelingen? – Das hat Herr Schneider auch schon gesagt, es gibt ein Problem in der Umsetzung. Wenn wir aber diese Vorlage so nehmen, wie sie ist, dann ist die Wirtschaftlichkeit darin abgebildet. Das ist eigentlich ganz klar. Der einzige Punkt ist die Realität sozusagen: Was sagen die Nutzer dazu? – Das ist der Punkt.

Einen zweiten Punkt hatten Sie noch erwähnt, Frau Dr. Brinker, zu dem zweiten Nutzer. Natürlich ist es so – das hatte Herr Gaebler auch schon angedeutet –, dass dessen wirtschaftliche Leistungsfähigkeit nicht so groß ist wie die des anderen Nutzers, sodass sich da vermutlich ein Gap ergeben wird. Wie man den schließt, ist eine ganz andere Frage. Die Frage ist: Wann wäre es wirtschaftlich? Unter welchen Voraussetzungen? – Das ist das, was in der Vorlage abgebildet ist.

Vielleicht noch mal zu Ihnen, Frau Remlinger, vielleicht kann ich Ihnen einige Ihrer Befürchtungen nehmen, was die baufachliche Seite angeht. Es geht bei den Gründungsarbeiten nicht um das Gebäude an sich, das da schon steht, sondern es geht um die Gründungsarbeiten für den neuen 300-Personen-Saal. Es ist jetzt also nicht so, dass das Bestandsgebäude irgendwie wackelig wäre oder nachgegründet werden müsste, sondern es geht um die Gründungsarbeiten für den neuen 300-Personen-Saal. Und da ist es so, dass die Kosten für spezielle Bohrarbeiten, sage ich mal, die ein möglichst erschütterungsfreies Arbeiten ermöglichen, schon eingepreist sind – mit dem, was hier in der Vorlage steht.

Zweite Frage: Was ist mit den Gebäuden nebenan, mit den Rissbildungen? – Es ist so, dass es zu Rissbildungen kommen kann, diese Rissbildungen hätten aber keine Auswirkungen auf die Statik der daneben stehenden Gebäude. Es sind mehr oder weniger, ich sage mal, kosmetische Probleme, die dann entstehen, halt Risse, die dann beseitigt werden müssen. Aber es ist nicht so, dass wir befürchten müssen, dass das Haus nebenan oder die Häuser nebenan zusammen-

fallen würden. Jetzt nehmen wir mal an, sie würden doch zusammenfallen – jetzt kommen wir zur Frage der Versicherung –: Natürlich sind alle Beteiligten versichert, sowohl die BIM als auch die Planer als auch die Bauunternehmer. Das ist also abgedeckt, wenn ein Fehler passieren sollte, entweder in der Planung oder in der Ausführung. Da sind wir sicher. Das ist nicht so das Problem, was dieses Risiko angeht. – [Zuruf von Stefanie Remlinger (GRÜNE)]

Vorsitzende Franziska Becker: Jetzt bitte hier keine Dialoge! Sie kennen doch hier alle die Regeln. Melden Sie sich einfach, wenn Sie noch was fragen möchten! Das geht hier heute schon den ganzen Tag. Ich bitte um ein kleines bisschen Disziplin. – Frau Staatssekretärin ist dran!

Staatssekretärin Vera Junker (SenFin): Genau, Disziplin! – Das ist ja das, was damit gemeint ist, dass das schon eingepreist ist, die Sanierung der Risse, jetzt sage ich es mal ganz konkret: Die Sanierung der Risse an Nachbargebäuden ist eingepreist, ist mit in der Kalkulation.

Vorsitzende Franziska Becker: Ich habe weitere Wortmeldungen, Herrn Schneider, Herrn Wesener, Herrn Zillich. – Frau Remlinger, war das eben auch eine Wortmeldung? – Okay! – Herr Schneider bitte!

Torsten Schneider (SPD): Es ist dann für die SPD-Fraktion jetzt relativ klar. Wir finden das Projekt toll. Ich glaube, auch in der Fraktion zeichnet sich eine Mehrheit ab, dass wir es immer noch toll finden, wenn es 87 Millionen Euro kostet. Aber dann hat uns der Senat offensichtlich eine Unterlage vorgelegt, um heute Freigaben für Mehrkosten und Umlanplanungen zu erteilen, in dem Wissen, dass die Unterlage auf der tatsächlichen Gegenfinanzierung noch nicht abgebildet ist. Das stelle ich jetzt mal fest. So habe ich den Senat gerade verstanden. Die Berechnungsgrundlage stimmt. Wenn man auf 20 Jahre vermieten würde, würde sich das dann amortisieren, um 87 Millionen Euro auszugeben. Aber offenbar spielt da der Nutzer bisher nicht mit. So habe ich das gerade verstanden. Ich finde diese Vorlage dann einlassungsfähig, wenn Sie uns die entsprechenden Mietverträge, die diese 87 Millionen abbilden, gleich mit herbringen. Vorher habe ich kein Interesse mehr, über dieses Vorhaben weiterzureden.

Vorsitzende Franziska Becker: Herr Gaebler, wollten Sie jetzt direkt dazu? – Als Vorsitzende kann Ihnen das Wort erteilen.

Staatssekretär Christian Gaebler (CdS): Ich wusste ja nicht, ob noch Abgeordnete dran sind.

Vorsitzende Franziska Becker: Es sind noch Abgeordnete dran.

Staatssekretär Christian Gaebler (CdS): Gut, also dann vielleicht direkt dazu, damit keine Missverständnisse im Raum stehenbleiben. Frau Junker kann ja auch gleich noch was dazu sagen. Ich glaube nicht, dass ein Mieter einen Mietvertrag mit uns abschließt, bevor man weiß, was in dem Gebäude überhaupt gebaut wird. Da stellen wir uns sonst ein bisschen tot. – [Zuruf von Torsten Schneider (SPD)] – Moment! Deshalb muss sicherlich die BIM jetzt überlegen, wie sie mit dem Mieter irgendeine Vorklärung machen kann, damit zumindest eine für das Parlament nachvollziehbare Absichtserklärung da ist, um diese Refinanzierung sicherzustellen. Das ist völlig klar. Ich habe es aber auch so verstanden, dass mit der Hertie School

auch keine Gespräche gescheitert sind oder Ähnliches, sondern dass es mit der BUA Probleme über deren wirtschaftliche Leistungsfähigkeit gab. Das müssen wir, glaube ich, ein bisschen auseinanderhalten. Darum geht es bloß. Es gibt von der Hertie School, so habe ich die Aussagen verstanden, bisher keine Absage, dass sie bereit ist, etwas zu zahlen oder nicht zu zahlen, sondern dass die Verhandlungen tatsächlich noch laufen und dass es bei der BUA den Hinweis gab, dass die an den Grenzen ihrer Leistungsfähigkeit sind. Deswegen sind die Mietpreise ja auch ein bisschen unterschiedlich. Wir werden wissenschafts- und senatskanzleiseitig sicherlich noch sehen müssen, was man mit den beteiligten Universitäten an Gesprächen führen und wie das dann abgebildet werden kann. Aber ich bitte, das zu differenzieren. Vielleicht kann Frau Junker noch mal was zu dem weiteren Verlauf sagen, wie das dann mit den Mietaussichten ist.

Vorsitzende Franziska Becker: Okay, aber ich mache jetzt mit der Abgeordnetenreihenfolge weiter, wenn das in Ordnung ist, mit Herrn Wesener.

Daniel Wesener (GRÜNE): Danke schön, Frau Vorsitzende! – Das Schlimmste in meinem politischen Alltag ist bekanntlich, wenn ich sagen muss: Der Schneider hat recht. – Noch schlimmer wird es, wenn ich sagen muss: Der hatte auch schon vor zwei Wochen recht. – Ich habe jetzt die ganze Zeit zugehört; es gibt für mich keinen neuen Informationsstand, sondern Torsten Schneider hat hier vorhin das wiederholt, was er schon vor zwei oder drei Wochen gesagt hat. Er hat nämlich die Frage gestellt: Wie ist das mit den potenziellen Nutzern? – Das ist die Frage, die interessiert. Denn in der Tat ist die Berechnungsgrundlage das eine. Das andere ist doch die Frage: Kommt die Kohle rein? – Frau Meister, da kann ich übrigens mit beiden Antworten leben, sowohl mit der Antwort: Jawohl, grundsätzlich ist das eine Marge, wo wir uns als private Hochschule vorstellen können, die zu zahlen. – Ich kann auch mit der anderen Antwort leben. Dann wird man überlegen müssen, wie man das kompensiert. So! Aber ich würde es zumindest gern wissen.

Da geht es mir auch nicht um eine konkrete Nutzung oder in diesem Fall um eine konkrete Hochschule. Das würden wir doch immer machen, auch bei großen Investitionsmaßnahmen, wo nachher von der öffentlichen Hand über freie Träger bis hin zu wem auch immer eine bestimmte Kalkulation vorgenommen wird und wo es unser Job ist – mit Verlaub, da bin ich dann anscheinend ähnlich sozialisiert wie die Kollegin Remlinger, ich würde sagen, das ist das Kerngeschäft von Haushälterinnen und Haushaltern –, zumindest wissen zu wollen, ob das, was es als wirtschaftliche Berechnungsgrundlage gibt, etwas ist, was sich auch realiter einlösen lässt. Dann haben wir die Möglichkeit, Herr Goiny, eine politische Entscheidung zu fällen, gegebenenfalls ja eine Entscheidung, die wir auch schon gefällt haben, dass es hier es eine indirekte Bezugsschaltung braucht, hier haben wir es de facto mit einem verlorenen Zuschuss oder was auch immer zu tun. Aber man darf doch diese Frage stellen! Das hat der Kollege Schneider vor zwei oder drei Wochen getan. Wenn wir die Antwort haben, reden wir weiter. Mehr habe ich dazu auch nicht zu sagen.

Vorsitzende Franziska Becker: Herr Zillich, bitte!

Steffen Zillich (LINKE): Na ja, genau das ist ja der Punkt, zumal wenn wir uns entscheiden. Wir haben es ja sozusagen wiedergekauft. Das Robert-Koch-Forum, wir erinnern uns, ist verkauft worden. Wir haben es glücklicherweise zum Einstandspreis wiederbekommen, was ungewöhnlich war, aber aufgrund der Konstruktion war das eben so. Damals haben wir gesagt:

Ja, wir kaufen es, denn es rechnet sich in jedem Fall, das Gebäude an dieser Stelle. – Aber wenn wir jetzt an dem Punkt sind – bisher hieß die politische Prämisse, dass das in sich wirtschaftlich wird, man kann auch andere politische Prämissen haben, dann muss man die politisch beschließen, muss den Ansatz in den Haushalt schreiben, kann man alles machen – und nachfragen, ob wir denn eine gewisse Verlässlichkeit haben, dass diese politische Prämisse erfüllt wird, dann wird es doch spannend. Denn spätestens spannend wird es an der Stelle, wo wir einen 300-Personen-Saal dort einbauen. Wenn sich hinterher herausstellt, dass das mit dem 300-Personen-Saal und in irgendeiner Form mit der Wissenschaftsnutzung gar nicht funzt und hinterher eine Nutzung reinkommt, wo der 300-Personen-Saal echt stört, dann wäre es vielleicht nicht klug, sondern dann wäre es doch vielleicht klug, diese Frage vorher zu klären, bevor wir anfangen, den einzubauen. Genau um die Frage – noch mal am Detail klargemacht – geht es.

Natürlich gibt es dabei ein Risiko, und natürlich, wie im Übrigen bei jedem Investitionsprojekt, wird es dort Unwägbarkeiten in diesem Prozess geben. Die müssen mit einer Wirtschaftlichkeitsberechnung bewertet werden. Natürlich muss man gucken, ob die Wirtschaftlichkeitsberechnung einnahmeseitig dann auch funktioniert. Sollte es so sein, dass diese politische Prämisse nicht haltbar ist, dann wird man es neu bewerten müssen. Dann wird man die Investitionen neu bewerten müssen. Ich glaube nicht, dass wir das Gebäude dann wegschmeißen. Wir werden schon irgendeine Verwendung dafür finden. Aber trotzdem ist es dann doch angemessen, die Investitionen neu zu bewerten. Wenn das, was ursprünglich geplant ist, nämlich, dass sich das Ganze aus der Nutzung heraus rechnet – deswegen gibt es zwar einen Investitionszuschuss, aber ansonsten keinen Haushaltsansatz für den ganzen Kram – – dann müssen wir neu entscheiden. Das ist dann so. Dann müssen wir neu priorisieren. Es geht uns nur darum, uns selbst in die Lage der Einschätzung zu versetzen. Das, glaube ich, ist eine sinnvolle Geschichte.

Vorsitzende Franziska Becker: Herr Schneider, bitte!

Torsten Schneider (SPD): Weil der Chef der Senatskanzlei, mein Vorgänger im Amte sozusagen, jetzt noch mal wegen der Reihenfolge formuliert hat: Wir haben ja hier ein Wortprotokoll. Ich will mich jetzt hier nicht redundant machen und mich ständig wiederholen. Ich habe ja nicht ohne Grund gesagt, dass der Ball jetzt bei den Nutzern liegt. Das impliziert die Aussage, dass jedenfalls wir zur Not selbst diese Kostensteigerung kaufen. Das ist jetzt logischerweise keine Koalitionsaussage, weil wir darüber noch gar nicht geredet haben. Es gibt ja tatsächlich ein Draufsatteln. Aber Sie kriegen keinen Freifahrtschein, dass wir jetzt das Geld hier freigeben, und dann kommt das Ergebnis raus, dass die sich nicht bewegt haben. Das ist doch das, woran es hakt. Das weiß doch nun inzwischen jeder im Saal, weil wir durch diesen Diskurs alles offengelegt haben, auch der Opposition gegenüber. Die denken momentan, die kriegen das auch für einen tieferen Mietzins, der diese Amortisationskaskade eben nicht abbildet. Und das ist nicht der Fall, so! Das ist jedenfalls derzeit nicht der Fall. Denn das führt zu der Neubewertung, die Kollege Zillich gerade angedeutet hat. Die müssen sich bewegen.

Mit Verlaub: In der Lage eine frischsanierter, topsanierte, zusätzlich spezifisch sanierte Immobilie, inklusive des Musikantenstadlsaals – der natürlich nicht zuvörderst für die Hochschule, sondern für jede denkbare Mischnutzung in exponierter Lage adressiert ist, ist doch vollkommen klar, ist eine politische Entscheidung – für 20 Euro/m², die wären ja mit dem Klammersack gepudert, wenn es dann am Ende nicht 24 Euro werden oder was immer erforderlich ist,

um auf diese Tabellen und Formeln zu kommen, die die BIM aufgeschrieben hat. Das meine ich mit Ball. Heute gibt es die Freigabe nicht. Die gibt es auch morgen nicht. Die gibt es dann, wenn ich den Mietvertragsentwurf sehe und mir die Senatsfinanzverwaltung und der Lemiss sagen, dass jetzt meine Tabellen mit den Konditionen im Mietvertrag übereinstimmen. Dann gibt es die Freigabe ohne neue politische Priorisierung in der SPD-Fraktion. Ansonsten ist das ein politisches Großprojekt, darüber müssen wir reden. Es ist doch klar, Leute, was wir hier sehen: Die Verteilungskämpfe werden beim engeren Haushalt zunehmen. Hier haben wir den ersten Fall davon. Das ist vollkommen übersichtlich.

Vorsitzende Franziska Becker: Herr Schlüsselburg, bitte!

Sebastian Schlüsselburg (LINKE): Da wir jetzt schon über Spielfilmänge sind bei dem Thema, würde ich noch mal eine Nachfrage stellen, um uns, wie Herr Zillich gesagt hat, in die Lage zu versetzen, eine Entscheidung oder Neubewertung oder eine Priorisierung treffen zu können, und zwar in Bezug auf den schönen 300-Personen-Musikantenstadl-Saal, wie der Kollege Schneider gerade gesagt hat.

Erste Frage: Können Sie sagen, Stand jetzt, wem der Saal überwiegend zugeordnet sein und dienen soll, der Hertie School oder der Alliance? – Zweite Frage: Nach meinem Kenntnisstand sind – das ist, glaube ich, schon vor meiner Exmatrikulation gewesen – sowohl das Audimax der Humboldt-Universität, das quasi in Spuckreichweite liegt, als auch der Kinosaal für wahrscheinlich nicht ganz unerheblich kassenwirksame Summen wunderbar neu instand gesetzt worden. Oder sie sind zumindest noch dabei, so genau weiß ich es nicht, es ist schon ein bisschen her, dass ich an meiner Alma Mater war. Haben Sie das mit berücksichtigt bei der Frage der – zumindest für Wissenschaftszwecke – bestehenden Verwendung für einen solchen 300-Personen-Saal? Denn ins Audimax passen jedenfalls wahrscheinlich mehr Leute rein, und es wäre fußläufig erreichbar. Ich will es einfach deswegen nur mal wissen, weil das vielleicht für die Abwägungsentscheidung, die wir zu treffen haben, nicht ganz unwichtig ist, ob wir an welchen Stellen 300-Personen-Veranstaltungssaal-Kapazitäten brauchen oder wo wir in bestehenden Liegenschaften Synergieeffekte haben.

Vorsitzende Franziska Becker: Vielen Dank! – Frau Meister, bitte!

Sibylle Meister (FDP): Jetzt wollte ich noch mal auf Herrn Schneider eingehen, was ich jetzt aber trotzdem mache, auch wenn er den Saal verlassen hat. Es ist ja nicht so, dass wir nur über das Eintreten des Mietvertrages der Hertie School reden, sondern wir haben bei der Frage der Erschütterungen angefangen, wenn ich daran erinnern darf. Dann haben wir festgestellt in der Roten Nummer, dass über die Erschütterungen ausführlich berichtet worden ist. Dann haben wir die Wirtschaftlichkeitsuntersuchung gesucht, die haben wir jetzt auch gefunden. Im Rest meiner Roten Nummer steht, dass es einen LOI zwischen der Hertie School und dem Land Berlin gibt, dass dieser Mietvertrag abgeschlossen wird. Jetzt weiß ich natürlich nicht, was da drin steht. Geht mich ja erst mal gar nichts an. Aber ich bin eigentlich davon ausgegangen, dass es einer der wenigen LOIs sein könnte, an den sich das Land Berlin auch hält. Ich bin auch davon ausgegangen, dass sich die Hertie School dran hält.

Das wäre – das muss ich jetzt gestehen – natürlich eine völlig neue Information, die zumindest in meiner Roten Nummer nicht drin steht, wenn es heißt, die Hertie School hat eigentlich ganz andere Pläne, die will da gar nicht hin. Dann sind wir natürlich auf einem völlig anderen

Dämpfer. Aber vorher haben wir erst mal nur diskutiert, ob sich das mit der Wirtschaftlichkeitsuntersuchung rechnet, die hier vorliegt. Gut, dass wir eine Dreiviertelstunde darüber geredet haben, und da ist rausgekommen, dass es sich erstaunlicherweise rechnet, so wie es vorliegt. Wenn Sie mir jetzt aber sagen, das, was hier vorliegt, will die Hertie School gar nicht zahlen, sondern vielleicht Mieter XY oder so was, dann sind wir jetzt natürlich völlig anders unterwegs. Aber eigentlich müsste es doch so sein, wenn Sie mit der Hertie School einen LOI abgeschlossen haben, dass man dann auf einem Verhandlungsweg ist.

Ich muss gestehen, ich bin kein Jurist, aber das kann man ja verhandeln, wann man wie einen Mietvertrag schreibt, wann ein Projekt in der Projektentwicklung wie weit ist. Das ist ja eine juristische Frage, keine des Hauptausschusses, sodass beide Seiten Sicherheit haben. Mich würde jetzt interessieren, wie der Stand ist. Denn die in der Wirtschaftlichkeitsuntersuchung angesetzte Miete für die Hertie School – da dürften wir uns ja auch einig sein – ist sicher für den Standort angemessen. Das kann man ja sicher sagen. Oder war jetzt eher das Problem, wie das mit der BUA auf der anderen Seite ist, mit der es aber wohl keinen LOI gibt?

Vorsitzende Franziska Becker: Vielen Dank! – Jetzt bitte, Herr Goiny!

Christian Goiny (CDU): In der Tat hat sich die Diskussion ja doch ein Stück weit gelohnt. Frau Kollegin Meister hat es eben noch mal dargestellt. Es hat nun so geruckelt, dass es die Koalition bald aus der Kurve getragen hätte, wenn man sich die Diskussion vergegenwärtigt. Jedenfalls hat Kollege Schneider zum Glück die Spur wieder halten können. Das, was hier jetzt vorgelegt wird, ist eigentlich richtig. Wenn das so kommt, von den Kosten, vom Umfang, von der Wirtschaftlichkeit und die künftigen Nutzer diese Miete zahlen, ist doch alles gut. Jetzt kann man sich überlegen, ob man noch mit einer zusätzlichen Vorgabe sagt: Wir wollen unbedingt, dass die diese Miete zahlen, denn wir haben andere Informationen. – So habe ich die Koalition verstanden, dass sie das nicht zahlen wollen. Aber wenn das so kommt, wie das hier drin steht, ist es doch gut. Ich verstehe in der Tat die Debatte, die wir über Risse, Wirtschaftlichkeitsberechnungen oder anderes geführt haben, überhaupt nicht. Ich bin davon ausgegangen, dass das, was der Senat uns hier vorgelegt hat, so auch richtig ist, dass das, was die BIM uns hier berechnet hat, auch so stimmt. Frau Staatssekretärin Junker hat es für die Finanzverwaltung bestätigt. Wenn all diese Prämissen hier so eintreffen, dann kann man das doch so machen.

Wenn sich jetzt im weiteren Verlauf herausstellt, dass irgendjemand diese Miete nicht zahlen will o. Ä., dann müssen wir über die Sache reden. Dann wird uns der Senat sicherlich darüber in Kenntnis setzen, weil wir das Projekt dann natürlich anders bewerten müssen. Aber wir haben ja momentan bei dieser Vorlage gar keinen Grund zu sagen, dass das alles so nicht stimmt. Deswegen ist die Debatte, wie sie die Koalition hier aufgeführt hat, es würde keine Wirtschaftsberechnung richtig vorliegen – Stichwort Kollege Zillich –, es seien ganz schlimme Risse, und die Kosten würden durch die Decke gehen – Remlinger, Schneider –, Staatsoper und andere Beispiele, das ist ja alles Quatsch gewesen. Darüber reden wir hier ja wirklich gar nicht. Insofern haben Sie uns mit dieser Herangehensweise hier zweimal eine Stunde gekostet, nämlich beim letzten Mal und dieses Mal.

Meine Bitte wäre jetzt tatsächlich auch noch mal Richtung Senat – Sie müssen uns mal sagen, zu wann Sie uns das berichten können –, uns zu berichten, wie diese Verhandlungen hinsichtlich dieses Mietzinses weiter ablaufen sollen. Wenn wir zu einem Ergebnis kommen, dass das

so ist, wie es hier drin steht, dann sollten wir schnell anfangen, denn sonst wird es in der Tat teurer, und das wollen wir ja alle nicht. Wir wollen ja, dass es bei diesen 87 Millionen Euro bleibt, dass das ein toller Wissenschafts- und Forschungsstandort wird, dass sie die verabredete Miete zahlen und dass dann auch alles gut funktioniert. Dann kriegen wir das doch hin.

Vorsitzende Franziska Becker: Jetzt würde ich noch mal Frau Staatssekretärin das Wort erteilen. – Bitte!

Staatssekretärin Vera Junker (SenFin): Ich glaube, ich habe der Diskussion entnommen, dass uns alle das Ziel eint, dass wir möglichst schnell mit diesem Projekt vorankommen wollen. Zu der Frage von Herrn Schlüsselburg, wer eigentlich den 300-Personen-Saal will oder wer diesen überwiegend nutzen soll: Das soll die Hertie School sein, die dort überwiegend Veranstaltungen machen wird. Die Frage, ob andere Säle, die in fußläufiger Umgebung sind, gegebenenfalls hätten genutzt werden können, war nicht im Sinne des zukünftigen Nutzers. Sie wollten ganz einfach ihren Saal.

Der LOI, der vor einiger Zeit geschlossen wurde, ist natürlich auf einer ganz anderen Grundlage geschlossen worden. Die ganzen Untersuchungen waren noch nicht gemacht. In dem LOI ist ein Passus, dass man sich noch mal darüber unterhalten wird, wenn dann feststeht, wie die Kosten tatsächlich sind. Es ist nicht so, dass man gesagt hat: Das machen wir jetzt so. – Es ist noch eine Öffnung drin. Insgesamt würde ich gern etwas zu der Vorlage des Senats sagen, die auf einer Vorarbeit der BIM beruht. Ich finde die Vorlage eigentlich sehr gut, weil sie sehr ausführlich ist und alles abbildet. Wenn ich eine ganz leise Kritik äußern darf: Man muss sie einfach nur mal richtig lesen. Dann erschließen sich ganz viele Dinge, und viele Fragen zum Ablauf erledigen sich. Es ist wahrscheinlich jetzt nicht nett, dass ich das so sage. Aber es ist tatsächlich so, unter anderem ergibt sich daraus auch – das würde sich jetzt an Herrn Schneider richten –, dass der Senat in keiner Weise hier irgendjemanden über den Tisch ziehen oder täuschen wollte, denn in dieser Vorlage steht auf Seite 9 ausdrücklich drin, dass das noch nicht ausverhandelt ist, sondern dass die Verhandlungen das ergeben sollen. Das heißt, wir haben hier tatsächlich niemanden darüber getäuscht, wie die Verhandlungsergebnisse sind, sondern dass es noch eine Absicht ist, es so zu tun. Diesen Vorwurf, wir würden irgendjemanden täuschen, über den Tisch ziehen, würde ich doch zurückweisen wollen. Meistens ist es so, dass man auch viele Erkenntnisse hat, wenn man es gut liest.

Zur Frage, um die es eigentlich geht, wie es weitergeht: Es geht so weiter, dass die Verhandlungen mit der Hertie School fortgesetzt werden, aber nicht ad infinitum, sondern das soll jetzt in relativ kurzer Zeit passieren, damit das hier nicht so ein Wiedergänger wird.

Vorsitzende Franziska Becker: Herr Schneider!

Torsten Schneider (SPD): Das finde ich ja sehr loblich, dass Sie jetzt eine große Einigkeit mit dem Parlament hergestellt haben, dass also die Vorlage noch nicht zustimmungsfähig ist, weil Ihre Verhandlungen noch nicht abgeschlossen sind, dass aber der Abschluss dieser Verhandlungen eine wesentliche Prämisse auch der Senatsvorlage ist. Wir haben also dieselbe Einschätzung: Sie bekommen die Freigabe der Mittel, wenn wir die Erhöhung des erforderlichen Mietzinses bekommen. – Dann hat diese Veranstaltung ja einen großen Sinn ergeben. Ich bin sehr dankbar, dass wir uns in dieser großen Einigkeit in diesem Hohen Hause wieder-

finden. Aber weil heute Aschermittwoch ist: Grundsätzlich gehe ich davon aus, dass Sie uns über den Tisch ziehen wollen.

Vorsitzende Franziska Becker: Okay, ich komme auf den Antrag von Frau Remlinger zurück, dass der Tagesordnungspunkt 5 bis auf Weiteres vertagt wird. Sehe ich hier Einvernehmen? – Ja, Herr Goiny?

Christian Goiny (CDU): Zur Vertagung will ich jetzt nichts sagen. Aber wie verbleiben wir denn jetzt hinsichtlich weiterer Informationen aus dieser spannenden Diskussion, damit die Koalition auch wieder was zu lesen hat?

Vorsitzende Franziska Becker: Richtig. Herr Schneider hat ja zum Beispiel um die Mietverträge gebeten. Ich würde gern hier die Senatsverwaltung um konkrete Äußerungen bitten, damit der Vorlage am Ende zugestimmt werden kann, wie ihr Beitrag dafür wäre, damit es so kommen kann. – Bitte!

Staatssekretärin Vera Junker (SenFin): Also wir müssen natürlich erst mal zum Ergebnis kommen. Die Mietverträge müssen erst mal ausverhandelt sein. Bis dahin können wir natürlich jetzt nichts dazu sagen. Ich würde einen Deibel tun und jetzt irgendwas aus den Mietvertragsverhandlungen nach außen dringen lassen.

Vorsitzende Franziska Becker: Herr Gaebler!

Staatssekretär Christian Gaebler (CdS): Also ich habe die Bitte hier so verstanden, dass eine Sicherheit über die Tragfähigkeit der Mieten im Vergleich zu den Kosten, die hier aufgerufen wurden, für das Parlament da sein muss. Sobald der Senat darüber Klarheit hat, wird er das dem Parlament vorlegen. Dann werden Sie sich hoffentlich zügig damit befassen. Das wäre das, was wir jetzt mitnehmen. Ich hoffe, dass das möglichst bald passiert, weil wir mit dem Vorhaben weiterkommen müssen.

Vorsitzende Franziska Becker: Gut, dann halten wir jetzt fest: Der Senat ist jetzt dran und wird eine Vorlage liefern, bei der es dann um die Tragfähigkeit dieses ganzen Konzeptes geht. Okay? – Gut, okay! Dann verbleiben wir so. Dann kann ich diesen Tagesordnungspunkt schließen – oder vertagen.